

Abschlussklärung
4.5.4.2010

Wuppertal, den



**Rosarot - Himmelblau?
Geschlechterkultur im Wandel!**

20. Bundeskonferenz
kommunaler Frauenbüros und
Gleichstellungsstellen in Wuppertal
2. bis 4.5.2010

Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mindestens 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen und einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen. Das fordert die 20. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten.

Frauen verdienen in Deutschland durchweg weniger als Männer.

Das geht aus neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2009 hervor. Im Schnitt verdienen danach Frauen 15,08 Euro in der Stunde, Männer 19,50 Euro. Der Gehaltsunterschied zieht sich quer durch alle Branchen.

Petra Ganser (ver.di) Referentin des Bundeskongresses stellte fest: 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind weiblich. Sie geht davon aus, dass eine Lohnuntergrenze das ganze Lohngefüge stabilisiert und damit auch die Lohnspreizung zwischen Männern und Frauen abnehme.

Immer noch sind Frauen in Führungspositionen in Deutschland eher selten.

Im internationalen Vergleich gehört die Bundesrepublik inzwischen sogar zu den Schlusslichtern: Während in Norwegen der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten bei 42 Prozent liegt, sind Frauen in Deutschland mit 13 Prozent in den Führungsetagen völlig unterbesetzt. Deutschland liegt damit noch hinter Litauen (15 %) und Bulgarien (17 %).

Diese Situation sei **skandalös** sagte Ramona Pisal (Deutscher Juristinnenbund) auf der Bundeskonferenz. „Die freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen gehen ins Leere“. Deutschland soll es Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Schweden nachmachen, die den Unternehmen gesetzlich vorschreiben wollen, wie viele Sitze in Aufsichtsräten und Vorständen von Frauen besetzt werden sollen. Nur dann hätten diese in Deutschland und den meisten Nachbarländern in Zukunft eine Chance auf Spitzenpositionen.

Ultima ratio: Privatwirtschaft könnte verpflichtet werden

„Wenn sich in Zukunft nicht genügend Unternehmen selbst verpflichten, mehr Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, dann werden wir im äußersten Fall eine Mindestanteilsregelung im Stufenplan festlegen.“ Das sagte Eva-Maria Welskop-Deffaa Abteilungsleiterin für Gleichstellung im Bundesministerium für Frauen und Familien und verweist auf den Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Dort haben sich CDU und FDP auf einen Stufenplan für mehr Frauen in Führungspositionen verpflichtet.

Die Sprecherinnen der Bundeskonferenz begrüßen die Initiative der Bundesregierung. Wichtig ist jedoch, so Roswitha Bocklage, Wuppertaler Gleichstellungsbeauftragte und Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, dass der Stufenplan keine Zukunftsvision bleibt, sondern so bald wie möglich umgesetzt wird. Deshalb wird die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) die weiteren politischen Schritte aufmerksam begleiten.

Rund 350 Teilnehmerinnen haben in den vergangenen beiden Tagen in der Wuppertaler Stadthalle über neueste Daten und Fakten zur Situation der Gleichstellung diskutiert.

Im Anhang die Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen und Themen

Mit freundlichen Grüßen

Anke Spiess & Michaela Heiser

Pressereferentinnen für die Bundeskonferenz
kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Kontakt

Anke Spiess (Tel 0163 64 18 811)

Michaela Heiser (Tel 0172 61 77 117)

buko2010@frauenbeauftragte.de

Information zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de
